

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe März 2018

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Tiefer Graben in unserer Gesellschaft

„Durch die getönten Scheiben einer Regierungslimousine sieht man die Welt anders als die Bürger, die eine ungeschönte Sicht haben.“ Diese von Stefan Aust zugeschriebenen Worte kommen einem angesichts der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Sinn. „Deutschland kann es schaffen“, sagte Merkel am Ende ihrer Erklärung. Das klang ganz danach, als denke die Kanzlerin gar nicht daran, ihre Politik zu ändern. Bester Beweis dafür war ihr Diktum „der Islam gehört zu Deutschland“. Damit war klar, dass sie im wieder angelegten Konflikt mit Bundesinnenminister Horst Seehofer nicht bereit ist, auch nur ein Jota nachzugeben. Wir erinnern uns, als Horst Seehofer Merkels Flüchtlingspolitik als „eine Herrschaft des Unrechts“ bezeichnete. Für den CSU-Chef gehören zwar die Muslime, nicht aber der Islam zu Deutschland.



Matthias Strebl

Matthias Strebl
Bundesvorsitzender

Der Koalitionspartner SPD steht hinter Merkels Zuwanderungspolitik. Auf den Punkt gebracht: Der Partei-Linken geht sie nicht weit genug. Ob die Bürger das genauso sehen oder ob sie eine andere Sichtweise der Dinge haben, scheint die Akteure auf der politischen Bühne wenig zu interessieren. Auch wenn viele Politiker es nicht wahrhaben wollen: Ob die ohnehin schon an Wählerschwund leidenden Volksparteien noch eine Zukunft haben werden, entscheidet sich auch vor allem an ihrer Haltung in der Zuwanderungsfrage. Die letzte Bundestagswahl brachte den endgültigen Beweis: Die Sechsparteienlandschaft ist da. Das Konzept Volkspartei steht damit auf dem Prüfstand. Und es stellt sich die Frage, ob Parteien, die offenbar programmatisch nicht mehr die Wirklichkeit abbilden, noch Volksparteien sind. Es hat sich nämlich in den letzten Jahren, schleichend, ein tiefer Graben zwischen Parteien und Gesellschaft aufgetan. Hatten 1976 CDU, CSU und SPD zusammen noch 91 Prozent an Wählerzustimmung, mit dem Rest musste sich die FDP zufriedengeben, ist die Zustimmung für die größeren Parteien dahin.

Was ist da schiefgelaufen, werden sich viele fragen? Antwort: Die Krise der deutschen Volksparteien ist hausgemacht. Die Schlagwörter „politische Mitte“ und „Öffnung für breitere Wählerschichten“ wurden zum Mantra. Mit dem Ziel für jeden und alle wählbar zu werden, wurde programmatisch Konturierung unmöglich gemacht. Somit hat sich die CDU gesellschaftspolitisch liberalisiert und wirtschaftspolitisch sozialdemokratisiert mit der Konsequenz, dass sich das liberale Bürgertum und die katholische Stammwählerschaft heimatlos fühlen. Die AfD sagt Danke. Der politische Mitbewerber, die SPD, ist grüner geworden und sie hat sich ökonomisch liberalisiert. Dies hat zur politischen Heimatlosigkeit eines großen Teils ihrer Anhängerschaft und des Gewerkschaftsflügels geführt und damit indirekt zur Gründung der Linkspartei beigetragen. Hier sagten die Linkspartei und die Grünen Danke. Zusammenfassend sage ich. Eine Wende tut not. Die Parteien, vor allem die, die sich als Volkspartei bezeichnen, müssen wieder klares Profil zeigen. Sie müssen sagen, wofür sie stehen und sagen, was sie ablehnen. Politik braucht Richtung, die Wähler dagegen brauchen einen Kompass.

Matthias Strebl
CGB-Bundesvorsitzender



Wir brauchen jetzt eine gradlinige und glaubwürdige Bundesregierung

Das Ergebnis der Bundestagswahl und vor allem die holprige, langwierige Regierungsbildung haben uns gezeigt, dass Deutschland sich mit den gleichen innenpolitischen Problemen auseinandersetzen muss, wie alle anderen europäischen Staaten. Das politische Spektrum ist breiter geworden und althergebrachte Argumentationen und Diskussionen treffen oft nicht mehr den Nerv der Zeit. Auch antieuropäische und isolationistische Strömungen und Ressentiments gegenüber fremden Kulturen sind Bestandteil des heutigen gesellschaftlichen Diskurses. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen, sowohl im privaten, wie im beruflichen Bereich.



Wir haben seit September vergangenen Jahres vor allem gesehen, dass Wackelkurse, halbherzige Positionen, Postengeschiebe und bloßes Buhlen um die Wählergunst ohne kompetente, ehrliche und vor allem glaubwürdige politische Konzepte, Wahlerfolge und damit stabiles Regieren verhindern oder zumindest erschweren. Es hat sich insbesondere auch gezeigt, dass nicht jeder Wahlerfolg eine einfache und vor allem stabile Regierungsbildung nach sich zieht.

Die Menschen in Deutschland lassen sich in einem Zeitalter nahezu unendlicher Informationsfülle auch nicht mehr über politische Konzeptlosigkeit mit geradezu klassischer Polemik täuschen. Wenn Politiker ernsthaft glauben, dass Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, nicht arm seien oder gebetsmühlenartig feststellen, dass im Gesundheitswesen mehr Personal notwendig sei ohne Ausbildungs- und Finanzierungskonzepte vorzulegen, so zeigt das bei Licht betrachtet nur eines. Die verantwortlichen handelnden Personen sind immer noch nicht bereit, sich mit den drängenden gesellschaftlichen Problemen ernsthaft, sachlich und lösungsorientiert auseinander zu setzen.

Alle etablierten politischen Parteien mussten herbe Verluste in der Wählergunst hinnehmen, und das bei tendenziell steigender Wahlbeteiligung. Die Men-

schen lehnen Bevormundung ab und setzen auf Freiheit und Vertrauen. Das Vertrauen vieler Menschen in die Bundeskanzlerin, in Sicherheit und Beständigkeit der Politik gab letztlich den Ausschlag für den Wahlerfolg der CDU, was bei den Sozialdemokraten wegen ihrer internen Grabenkämpfe und ihres Schlingerkurses gerade nicht der Fall war.

Nachdem nun endlich die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat, muss sie diesen Vertrauensvorschuss bestätigen. Keine der Regierungsparteien hat ein Wahlergebnis erreicht, auf dem sie sich ausruhen kann. Viele Probleme von der drohenden Altersarmut bis zu fairen Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen müssen endlich gelöst werden.

Die Menschen in Deutschland erwarten zu Recht, dass ihre Sorgen und Probleme ernst genommen werden, und das nicht nur vor Wahlen, sondern vor allem danach. Deutschland braucht daher verlässliche und gradlinige Politiker, die vor allem eins sind: glaubwürdig.

Der CGB fordert die Politik und jeden einzelnen Politiker auf, die Menschen mitzunehmen, indem die Versprechen vor der Wahl auch tatsächlich umgesetzt werden. Verantwortung zeigt sich vor allem in der Fähigkeit, eine Meinung zu bilden und diese ohne ständige Richtungswechsel zu vertreten und Zusagen einzuhalten. Politik in Deutschland ab Jahr 2018 kann nur mit den Menschen nicht aber ohne oder sogar gegen die Menschen funktionieren.

Kommentar CGB Generalsekretär im März 2018

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Viele Auszubildende beim diesjährigen DHV Berufswettkampf der Kaufmannsjugend in Bremen



Am 17. Februar fand in Bremen der Testlauf des neu konzipierten Berufswettkampfs der Kaufmannsjugend statt. Auszubildende aus 69 Ausbildungsbetrieben waren dem Aufruf der DHV zum freiwilligen Leistungstest gefolgt, darunter 59 Auszubildende mit Wohnsitz in Niedersachsen. Die niedersächsischen Teilnehmer nahmen dabei zum Teil Anfahrtswege von über 60 km in Kauf, um sich durch die Teilnahme am Berufswettkampf einen Überblick zu verschaffen, wie ihr Ausbildungsstand ist und wo Wissenslücken bestehen, die es rechtzeitig vor der Zwischen- bzw. Abschlussprüfung zu schließen gilt. Die DHV sieht hierin einen deutlichen Beleg für die Mobilität und Leistungsbereitschaft des kaufmännischen Nachwuchses – Tugenden, die von vielen Betrieben immer wieder angemahnt werden.

Der Berufswettkampf wurde erstmalig 1921 durchgeführt. Er steht traditionell unter dem Motto „Aufstieg durch Leistung“. Die Schirmherrschaft in Bremen hat seit vielen Jahren der Präsident der Bremischen Bürgerschaft Christian Weber, der zu einem späteren Zeitpunkt auch die Wettkampfsieger ehren wird.

Die DHV hat den Berufswettkampf zum Anlass genommen, um öffentlich an die Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft zu erinnern. Sie verweist auf eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), nach der 56 Prozent der Betriebe im Fachkräftemangel das größte Geschäftsrisiko sehen. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf sein Humankapital angewiesen. Ausreichende Investitionen ins Bildungssystem sind daher zwingend geboten. Tatsächlich liegen die Bildungsausgaben in Deutschland mit 4,3 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts unter dem OECD-Schnitt von 5,2 Prozent. Dass die Bildungsausgaben in Deutschland nicht ausreichen, ist vielerorts offensichtlich: Unterrichtsausfall aufgrund von Lehrermangel; marode und schlecht ausgestattete Schulen. Allein der Stadtstaat Bremen beziffert den Investitionsstau bei Schulen auf 675 Millionen Euro.

In den öffentlichen Debatten über Unterrichtsversorgung, Lehr- und Lernmittelausstattung und Schulraumsanierung stehen in der Regel die Grundschulen und Gymnasien im Fokus, während die Probleme der Berufsschulen kaum öffentliche Beachtung finden. Für die DHV ist diese Vernachlässigung der Berufsschulen seit langem ein Ärgernis, das bereits mehrfach aufgegriffen und kritisiert wurde. Wie berechtigt die gewerkschaftliche Kritik der DHV ist, belegen auch Umfragen der Arbeitgeber und behördliche Daten. So bemängelten bei einer Befragung von 389 ausbildenden Betrieben in Bremen 40 Prozent häufige Unterrichtsausfälle an den Berufsschulen und fast 70 Prozent deren nicht zeitgemäße und sachgerechte Ausstattung. Auch in Niedersachsen kritisieren die Betriebe die unzureichende Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen. Nach Zahlen des niedersächsischen Kultusministeriums wurde 2016 in den Berufsschulen des Landes lediglich 88,1 Prozent des vorgesehenen Unterrichts erteilt, während bei den Gymnasien eine Versorgung von 99,8 Prozent erzielt wurde.

Wer etwas gegen den Fachkräftemangel tun will, darf daher die berufliche Bildung nicht länger vernachlässigen. Es reicht nicht aus, dass duale System in Sonntagsreden als beispielhaft zu glorifizieren, in der Praxis jedoch zweitklassig zu behandeln. Das beginnt bei der Berufsorientierung. Der politisch geförderte Trend zur Akademisierung als Folge der regelmäßigen Kritik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an der im internationalen Vergleich zu geringen Akademikerquote in Deutschland muss gestoppt werden. Für die von der OECD befürchteten negativen Folgen der vergleichsweise niedrigen Akademikerquote für die deutsche Wirtschaft gibt es keine Anhaltspunkte. Deutsch-

land ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa und der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben verläuft gerade hier bemerkenswert reibungslos. Fakt ist, dass ein Hochschulabschluss längst nicht mehr ein Garant für einen sicheren Arbeitsplatz und ein hohes Einkommen ist. Zwar ist die Akademikerarbeitslosigkeit vergleichsweise gering, aber viele Akademiker müssen sich mit Arbeitsplätzen zufriedengeben, die nicht ihrem Studienabschluss entsprechen. Hinzu kommt die hohe Zahl von Studienabbrechern, die die Hochschulen ohne Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschluss verlässt. Auch Abiturienten muss deshalb deutlich gemacht werden, dass es sich lohnt, eine duale Ausbildung als ernsthafte Alternative zum Studium in Betracht zu ziehen. Dies wird umso leichter fallen, je größer die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung durch sinnvolle Verknüpfungen und transparente Anrechnungsverfahren gestaltet wird. Nicht umsonst erfreuen sich duale Studiengänge, die neben den Bachelor auch einen IHK-Abschluss vermitteln, bei den Abiturienten zunehmender Beliebtheit.

Damit die duale Ausbildung allgemein wieder größeres Interesse bei den Schulabgängern findet, muss sie insgesamt attraktiver werden und mehr Wertschätzung erfahren. Hier ist insbesondere die Wirtschaft selbst gefordert. Wie glaubwürdig sind Betriebe, die Fachkräftemangel beklagen, aber selbst nicht bereit sind, auszubilden? Und wie sollen Schüler zur Aufnahme einer Ausbildung in Berufen motiviert werden, deren Arbeitsbedingungen und Bezahlung unattraktiv sind oder in keinem adäquaten Verhältnis zu den gestellten Anforderungen stehen?

Auch die Berufsschulen sollten die Wertschätzung sichtbar machen, die der dualen Ausbildung beigegeben wird. Welcher Schüler entscheidet sich freiwillig für einen Beruf, der an einer maroden Berufsschule beschult wird, die den Eindruck erweckt, dass sie ihren Part der Ausbildung nicht erfüllen kann?

PM DHV LV Bremen im Februar 2018

* * * *

CGM begrüßt die Regierungsbildung und ruft zum politischen Handeln auf!



Entgegen mancher pessimistischer Prognosen hat es nun doch nicht bis Ostern gedauert, bis Deutschland endlich wieder über eine handlungsfähige Bundesregierung verfügt. Nach dem letztlich erfolgreichen Ringen innerhalb der SPD um ein mehrheitliches Ja der Parteibasis zu einer neuen Großen Koalition ist heute in Berlin die Vereidigung des Regierungskabinetts unter der Führung der wiedergewählten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vollzogen worden. Damit konnte eine monatelange bundespolitische Hängepartie auf dem demokratischen Wege intensiver Verhandlungsgespräche zwischen potenziellen Koalitionspartnern überwunden werden.

Adalbert Ewen, Bundesvorsitzender der CGM, zeigt sich zufrieden mit der Regierungsbildung und mahnt zugleich an, die parteipolitische und personelle Dynamik der letzten Zeit nun zugunsten drängender gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen hinter sich zu lassen: „Aus unserer Sicht haben Union und SPD großen Respekt und ein ausgeprägtes politisches Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit dem herausfordernden Wählervotum vom 24. September bewiesen. Nun kommt es umso mehr darauf an, die alltäglichen Sorgen und Anliegen der Menschen mit Mut, Sachkenntnis und Augenmaß aufzugreifen und die Inhalte des Koalitionsvertrags politisch mit Leben zu erfüllen.“

Große Aufgaben stehen wieder einmal vor uns und die Bürgerinnen und Bürger verlangen zurecht umso mehr nach klarer politischer Führung, je ungewisser und offener die weltpolitischen Ereignisse unsere gemeinsame Zukunft in Deutschland und Europa erscheinen lassen.

Die Christliche Gewerkschaft Metall wünscht der neuen Bundesregierung daher gutes Gelingen und wird das Regierungshandeln mit einem Fokus auf die Interessen der Arbeitnehmerschaft aufmerksam verfolgen und sowohl konstruktiv als auch kritisch begleiten. Insbesondere im Bereich der Bildung sowie in Bezug auf die zunehmende Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt muss in Zukunft deutlich mehr unternommen werden, auch um der Politikverdrossenheit etwas entgegenzusetzen.“

PM CGM im März 2018

* * * *

Tarifabschluss mit dem PARITÄTischen Arbeitgeberverband PATT e.V. Ab Juli 2018 mehr Geld für Beschäftigte in der Sozialwirtschaft



Nach den Forderungen der GÖD Tarifkommission, die Tabellenentgelte um 7 Prozent anzuheben, konnte nach mehreren Gesprächs- und Verhandlungsrunden eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,6 Prozent in zwei Schritten ausgehandelt werden.

Ab 1. Juli 2018 erhalten alle Beschäftigten eine Erhöhung um 3 Prozent, ab dem 1. Juli 2019 gibt es weitere 3,6 Prozent. Für die Auszubildenden gibt es ab dem 1. Juli 2018 für das Ausbildungsjahr 2018/19 eine Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 50,00 Euro pro Monat. Der Tarifvertrag beinhaltet zudem eine jährliche Einmalzahlung in Höhe von 180,- Euro ausschließlich für Mitglieder der GÖD.

Die Tarifparteien haben sich zusätzlich auf eine besondere Erhöhung der Entgelte für die Hilfskräfte in der Pflege verständigt. Sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als auch die der GÖD waren sich einig, dass insbesondere für diese Beschäftigten erheblicher Handlungsbedarf besteht. Ab dem 1. Januar

2019 werden alle Hilfskräfte in der Pflege in die höhere Entgeltgruppe III eingruppiert und bekommen damit deutlich mehr Geld. Das gilt nicht nur für die Neueinstellungen, sondern auch für die bestehenden Eingruppierungen, wobei die jeweilige Entgeltstufe beibehalten wird. Die Vertragsparteien haben sich auf die Überarbeitung der Eingruppierungsmerkmale bis Ende 2018 verabredet. Dazu werden GÖD und PATT Arbeitsgruppen bilden mit dem Ziel, eindeutige Formulierungen bei den Merkmalen auszuarbeiten. Damit sollen derzeit noch bestehende Auslegungsspielräume beseitigt werden.

PM GÖD im März 2018

* * * *

Tagung der Bundesfachgruppe Gesundheitswesen und soziale Dienste



Am 05. und 06. Februar 2018 trafen sich Mitglieder der Bundesfachgruppe Gesundheitswesen und soziale Dienste in Leipzig zu einer ihrer regelmäßigen Tagungen.

Im Vordergrund stand dabei die zunehmende Belastung vieler Beschäftigten im sozialen Bereich. Verdeutlicht wird dies über die deutlich gestiegene Anzahl an Überlastungsanzeigen. Die Betriebsräte registrieren diese Anzeigen sehr genau und reagieren mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Ursachen für diese angespannte Situation sind vielschichtig und es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller beteiligten Akteure, um hier langfristig Abhilfe leisten zu können. Die Fachgruppe verfasste dazu auch eine Stellungnahme mit ihrem Standpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Auswertung der tarifpolitischen Entwicklung im letzten Jahr, hier konnten doch deutlich positive Tendenzen in Richtung höherer Entgelte und verbesserter tariflicher Leistungen, wie z.B. gestiegene Urlaubsansprüche, konstatiert werden. Diese Entwicklung muss in den im Jahr 2018 anstehenden Tarifverhandlungen fortgeführt und ausgebaut werden. Damit kann zumindest in diesem Bereich die den Beschäftigten zustehende Wertschätzung verbessert werden. Das nächste Treffen der Bundesfachgruppe wurde auf den Herbst 2018 terminiert.

PM DHV im März 2018

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.